Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — SV — Gegr. 1840. — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis ist freibleibend, die Einzelnummer kostet 15 Goldpfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postscheck-Konto Köln Nr. 10158.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg., Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengebühr 25 Goldpf., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs. Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 44 — Olpe, Donnerstag, den 21. Februar 1924. — 84. Jahrg.

Vor einer neuen Krise im Reich?

Die amtlichen Vorbereitungen für die Reichstagswahl.
Französische Verhaftung in der Pfalz.
Der neue Frankensturz.
Die deutsche Goldnotenbank

Das Ende der legalen Diktatur

Mit dem Ablauf des Ermächtigungsgesetzes tritt die normale Gesetzgebung wieder in ihre Rechte. Etwa 2 Monate war die Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet, die, ob man eher wahr haben will oder nicht, im Effekt auf eine legale Diktatur hinauskamen.

Der Reichstag hat am allerwenigsten Grund, sich über diesen Gang der Dinge zu beschweren. Denn er ist letzten Endes daran schuld, daß es so kommen mußte. Wenn nun jetzt von verschiedenen Parteien offenbar ein Vorstoß gegen die Regierung organisiert wird, so wird man das in der heutigen Zeit allerdings auffallend schwindende Erinnerungsvermögen dieser Kreise doch im Hinblick auf die verschiedenen Vorgänge im Reichstag nachdrücklichst auffrischen müssen. Es war doch nachgerade nicht mehr erträglich, welches Bild der Zerfahrenheit und der Verwirrung der Reichstag bot, sobald es galt, zu einer entscheidenden politischen oder wirtschaftlichen Frage Stellung zu nehmen. Prompt war dann jedesmal eine Regierungskrise da, die mehr als einmal das Gefüge unseres Staates vollkommen zu erschüttern drohte. Rückschauend wird man sagen müssen, daß manche dieser Krisen geradezu um Lappalien willen entfacht wurden, während aber immer diejenigen, die ihre Erzeuger waren, sich in die Büsche schlugen und die Verantwortung den andern überließen. Die große Abrechnung dafür steht erst noch bevor. Aber wenn es jetzt schon wieder Kreise gibt, die eine neue Krise an die Wand malen, so muß diesen doch mit aller Entschiedenheit gesagt werden, daß es das Volk satt hat, die kaum gewonnene innere Beruhigung wieder um der Eitelheiten oppositionslustiger Abgeordneter willen wieder in Frage stellen zu lassen. Mit der Regierung ist die weit erdrückende Mehrheit des ganzen deutschen Volkes darin einig, daß jeder Versuch, aus nichtigem Grunde eine neue Kabinettskrise hervorzurufen, mit allen geeigneten Mitteln bekämpft werden muß.

Die jetzige Reichsregierung, die die Zügel fest in die Hand nahm, und die vermochte, daß während ihrer Betätigung wenigstens wieder einmal aufgeatmet werden konnte, diese Regierung hat Anspruch darauf, für ihr Wirken und Schaffen Anerkennung zu finden. Sie hat es wahrhaftig nicht darauf angelegt, popular zu werden. Mit dem Mute der Unpopularität, mit diesem Mute, der aber auch allein uns in der Zeit der Hascherei um die Volksgunst und um den Beifall der Interessenten aus dem Jammer der Tage erretten konnte, mit diesem Mute ist die Reichsregierung an die Arbeit gegangen und hat in Wochen Aufgaben erfüllt, die in Jahren zuvor nicht erfüllt werden konnten. Daß wir drei Monate lang Ruhe und Ordnung in unserer Währung hatten, ist nicht zuletzt dem Umstande zu verdanken, daß man im Inland und vor allem im Ausland sagt, daß wirklich ein Wille hinter den Wort enstand, und daß die Taten getragen waren von höchstem Verantwortlichkeitsbewußtsein und von der ehrlichen Bereitschaft zum Opfer. Es sind gewiß sehr schwere Eingriffe, die die Reichsregierung an die sachlichen und persönlichen Rechte von Millionen Staatsbürgern, hat tätigen müssen, und wir alle sind der Ueberzeugung, daß diese Lasten und Leistungen, die man von den einzelnen, namentlich von den Beamten, Angestellten, Arbeitern usw. verlangt, nur in einer Uebergangszeit ertragen werden können, aber weil eben alles und jedes darauf eingestellt werden mußte, unter jedem, wenn auch nur irgendwie tragbaren Opfer die Währung in ihrer Stabilität zu erhalten, mußten alle Interessen für eine Zeitlang in den Hintergrund treten.

Es wird einmal eines der schönsten Ruhmesblätter des deutschen Volkes sein, daß es unter Verzicht auf die Geltendmachung gerade der weitgreifendsten politischen und parlamentarischen Rechte, die es sich in seiner Verfassung gegeben hat, alle Kräfte anspannte, um den Weg ins Freie wieder zu gewinnen. Diese Epoche der legalen Diktatur, die nach Lage der Dinge noch garnicht abgeschlossen sein kann, ist ein Zeugnis der Opferbereitschaft und des Verantwortungsgefühls des deutschen Volkes, das die Früchte seiner harten Arbeit aber nur dann zu gewinnen vermag, wenn sich alle nationalen und politischen Elemente im Zeichen der Schicksalsverbundenheit zusammenschließen.

Besprechungen des Kanzlers mit den Parteien

)(**Berlin, 20. Febr.** Der Reichskanzler hielt mit den Parteiführern der Koalitionsparteien des Reichstages und danach mit den sozialdemokratischen Führern eine Besprechung über die parlamentarische Lage ab. Am Nachmittag folgten gleichte Besprechungen mit den Führern der Deutschnationalen Fraktion. Die Reichsregierung betrachtet die von ihr auf dem Verordnungswege getroffenen Sanierungsmaßnahmen als ein Ganze und würde, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, die Durchbrechung dieser Maßnahmen durch Aufhebung irgendeiner Verordnung nicht ohne weitere Konsequenzen hinnehmen, andernfalls hält sie die Abänderung dieser oder jener Maßnahme durch ein besonderes Gesetz für möglich. Es wird allerdings damit gerechnet, daß ein Verlangen nach Aufhebung irgendeiner Verordnung doch von einer größeren Partei gestellt werden könnte.

Die heute begonnenen Verhandlungen über die parlamentarische Lage im Reichstage zwischen dem Reichskanzler und den einzelnen Fraktionsführern werden ihren Abschluß erst am Freitag in einer Sitzung des Aeltestenrates finden, in dem alle Parteien gemeinsam beraten. Im Vordergrund der Verhandlungen steht die Abänderung bezw gänzliche Beseitigung dieser oder jener Notverordnung der Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes. Die Sozialdemokraten haben in ihrer heutigen Fraktionssitzung die Notverordnungen ihren Fachausschüssen zur Vorbereitung von Anträgen übergeben, die vielleicht schon morgen beim Reichstage eingebracht werden können. Der Reichskanzler hat in den Besprechungen verlangt, daß wenigstens nicht durch neue lange Ausschußverhandlungen im Reichstage die Entscheidung über die Notverordnungen länger verzögert wird.

Die parlamentarische Lage.

WTB Berlin, 20. Febr. Ueber die nach den Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und dem Parteiführern sich ergebende parlamentarische Lage, wurde unserem Vertreter heute eine Erklärung abgegeben, die inhaltlich wie folgt lautet:

Dem mit vieler Mühe aus dem parlamentarischen Wirrwarr zu Beginn des Monats Dezember v. J. entstandenen Kabinett Marx hat der Reichstag in Erkenntnis seiner Unzulänglichkeit zu raschen Entschlüssen und durchgreifendem Handeln, wie es zur Rettung der drohenden Katastrophe notwendig war, im Ermächtigungsgesetz vom 8. Dezember 1923 Vollmachten zum Erlaß von Verordnungen gegeben, die dem ständig wachsenden Unheil Einhalt bieten sollten. In der Erkenntnis dieser schweren und verantwortungsvollen Aufgabe hat die Reichsregierung sich zu schnellem tatkräftigen Handeln entschlossen und auf Grund des Ermächtigungsgesetzes den Verordnungsweg beschritten. Schweren Herzens, aber ohne Rücksicht auf die vielfältige Kritik über unvermeidliche Härten hat die Regierung eine Anzahl zum Teil sehr einschneidender Verordnungen erlassen. Die Reichsregierung ist sich darüber klar, daß diese Verordnungen nicht vollkommen sind, denn in zwei Monaten können, zu mal in solchen kritischen Zeiten, keine kritik- und einwandsfreien gesetzgeberischen Meisterwerke über Materien geschaffen werden, deren gesetzgeberische Regelung in ruhigen und normalen Zeiten die Arbeit vieler Jahre erfordern würde. Aber die Not, aus der heraus diese Verordnungen enstanden sind, rechtfertigt deren Bestand, mehr aber noch rechtfertigt sie die Tatsache, daß in diesen zwei Monaten unser öffentliches Leben sich merklich beruhigt hat, Finanzen und Wirtschaft sich gefestigt haben. Das Ermächtigungsgesetz hätte keinen Sinn gehabt, wenn mit seinem Erlöschen auch sein Zweck, seine Wirkung hinfällig werden sollte. Wenn der Reichstag vor zwei Monaten nicht imstande war, die riesengroße gesetzgeberische Aufgabe, die die Not der Zeit erheischte, mit der gebotenen Eile zu erfüllen, so kann erst recht jetzt nicht, wo die Wahlen vor der Tür stehen, ihm unmöglich die Kraft zugemutet werden, gerade die schwierigsten und umstrittensten Punkte der erlassenen Notverordnungen zum Gegenstand positiver aufbauender Kritik und gesetzlicher Regelung zu machen. Auch die grundlegenden Notverordnungen der Reichsregierung sollen nicht ewig gelten, aber sie sollen über die Not, in der wir uns dennoch befinden, hinweghelfen. Sie mögen verbessert, vervollkommnet und abgeschafft werden, sobald wir aus der Zeit der Bedrängnis, des raschen Handelns und Helfens heraus sind, bis dahin ist es aber die Pflicht der Reichsregierung, das Recht zu schützen, das ihr der Reichstag mit der Pflicht zum Handeln im Ermächtigungsgesetz gegeben hat. Es geht nicht an, für Wirtschaft, Finanzen und Volkswohlfahrt lebenswichtige Fragen einer nicht allein sachlichen, sondern auch naturgemäß durch die bevorstehenden Wahlen beeinflußten Kritik und Revision auszusetzen und dadurch das durch das Ermächtigungsgesetz ermöglichte und eingeleitete Beruhigungswerk zu gefährden. Die Regierung sieht sich darum nicht in der Lage, eine der von ihr als lebenswichtig erkannten Forderungen im jetzigen Zeitpunkt aufzugeben oder durch Initiativanträge des Reichstags ändern zu lassen. Auch von der Behandlung der als lebenswichtig zu bezeichnenden Verordnungen in den Ausschüssen ist eine neue Beunruhigung und neue Gefährdung für Währung, Wirtschaft und Recht zu befürchten. Im Bewußtsein der außerordentlichen Probleme, die in den Notverordnungen geregelt worden sind und geleitet von dem Bestreben, jede Verbesserung in diesen Verordnungen vorzunehmen, ist die Reichsregierung indes bereit, in interfraktionelle Besprechungen die Vorschläge der Parteien, die gegebenenfalls dann in Initiativanträgen zur Erledigung kommen können, entgegenzunehmen. Nur in sachlichen Besprechungen in einen interfraktionellen Ausschuß sieht die Reichsregierung unter den obwaltenden Umständen eine Gewähr dafür, daß die Notverordnungen nicht Gegenstand unsachlicher Wahlkämpfe zum Schaden für Volk und Vaterland werden.

Der vernünftige Standpunkt der Regierungsparteien.

Berlin, 20. Febr. (Privatdrahtb.)

Die drei **Regierungsparteien Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokratische Partei,** haben sich in den heutigen Fraktionsberatungen den **Standpunkt der Regierung in der Behandlung der Notverordnungen zu eigen gemacht und werden keine Abänderungs- und Aufhebungsanträge einbringen.** Man glaubt in diesen Kreisen auch nicht, daß es auf alle Abänderungsanträge anderer Parteien eine Mehrheit im Reichstag geben würde. Man erwartet daher, daß ein offener Konflikt mit der Regierung vermieden wird. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm heute die Berichte ihrer Fachausschüsse entgegen und beriet die von den Fachausschüssen vorgelegten Abänderungs- und Aufhebungsanträge zu den Notverordnungen. Die Anträge sollen noch heute im Reichstag eingebracht werden.

Die amtlichen Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen.

WTB Berlin, 21. Febr. (Drahtb.)

Der Reichsminister des Innern hat die Länderregierungen durch ein Rundschreiben aufgefordert, die Gemeinden anzuweisen, mit der Aufstellung der Wählerlisten für die kommenden Reichstagswahlen sofort zu beginnen und die Arbeiten so zu beschleunigen, daß die Liste am 23. 3. auslegefähig sind, da immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß die Neuwahlen noch vor der Legislaturperiode stattfinden.

Zur Frage der Goldnotenbank

Die Besprechungen des Reichsbankpräsidenten mit den Sachverständigen.

WTB Paris, 20. Febr. Ueber die gestrigen Besprechungen Dr. Schachts mit den Sachverständigen sagt der Matin, **die Sachverständigen hätten grundsätzlich gegen den Vorschlag Dr. Schachts nichts einzuwenden** unter der Bedingung, daß er eine vorläufige Etappe darstelle und die **Kreditbank** schließlich in die Goldnotenbank aufgehe, die auf Grund ihrer Besprechungen errichtet werden soll. Daß es der deutschen Industrie an flüssigem Gelde fehle, sei eine Tatsache. Natürlich sei das ihre Schuld, daß sie in den vergangenen Jahren entweder ihre Gewinne im Auslande placiert oder in Sachwerten auf deutschem Boden, beispielsweise in Gebäuden und Betriebseinrichtungen angelegt habe. Dr. Schacht versprach, nur sehr **große Kreditscheine** auszugeben. Ihr Betrag soll mindestens 100 Mark übersteigen, aber dadurch wird er nicht verhindern, daß die Kreditscheine in Umlauf kommen und anstelle der Rentenmark treten.

Die angeblichen Grundlagen des Planes der Sachverständigen.

WTB Paris, 20. Febr. Der Newyork Herald gibt folgende Darstellung der Grundlagen, auf den die Sachverständigen die neue Bank aufzubauen gedenken:

1. Die Errichtung der **Goldnotenbank,** die wie die Deutschen feierlichst versichert hätten, als einziges derartiges Institut funktioniert, soll **die Rentenmark und die Papiermark absorbieren und über genügende Goldreserven verfügen** und schließlich einer internationalen Kontrolle unterstehen. Die Bank wird die **Goldreserven der Reichsbank und das in Deutschland noch flüssige Kapital übernehmen. Hinzukomme ausländisches Kapital.** Nach Ansicht der Sachverständigen sei die Emission der künftigen Notenbank eines der gewinnbringendsten Geschäfte, das je organisiert wurde. Diese Auffassung hat ihren Grund in der bestehenden Nachfrage nach neuer Währung in Deutschland.

2. **Ein deutsches Budget,** das auf Goldgrundlage hinsichtlich der ordentlichen Lasten **absolut ausgeglichen** sei, gleichzeitig aber **voraussehen solle, daß das Ruhrgebiet** in wirtschaftlicher Hinsicht Deutschland wieder einverleibt werden wird. Daneben **soll ein 2 bis 3jähriges Moratorium für die Reparationszahlungen vorgeschlagen werden.**

3. **Eine internationale Anleihe als weiterer Stabilisierungsfaktor zu garantieren durch die deutschen Eisenbahnen. Ein Teil der Anleihe soll für den sofortigen Bedarf für diejenigen Länder verwandt werden, die wie Frankreich in nächster Zeit von gewissen deutschen Zahlungen abhängig sind.** Der Betrag der Anleihe soll in einem Bericht festgesetzt werden, den die Eisenbahnsachverständigen des Komitees binnen kurzem erstatten werden. Er wird sich wahrscheinlich in der ungefähren Höhe der von der deutschen Presse erwähnten **10 Milliarden** halten. Der Nemyork Herald hält es für wenig wahrscheinlich, daß über die grundlegenden Prinzipien unter den Sachverständigen Meinungsverschiedenheiten enstehen würden. Nach den vorliegenden Einzelheiten zu schließen, würden die Sachverständigen empfehlen, daß die wirtschaftliche Kontrolle des Ruhrgebiets an Deutschland zurückkehre. Die Einzelheiten dieses Planes würden den Nachweis erbringen, daß das **Ergebnis einer solchen Neuordnung für Frankreich vorteilhafter sei, als wenn es auf seine gegenwärtige Kontrolle der Ruhrindustrie bestehe, Militärisch und politisch seien die Franzosen vielleicht noch imstande, das Ruhrgebiet zu halten, wirtschaftlich aber nicht. Die gegenwärtige Zollgrenze und die Absonderung der Ruhr- und Rheinbahnen von den deutschen Hauptplätzen würden mißbilligt.** Frankreich würde dagegen die Zusicherung regelmäßiger Reparationszahlungen erhalten, die durch die internationale Notenbank so gut wie sicher gestellt würden. Die Notenbank wird die deutsche Währung vollkommen in den Händen haben und eine Grundlage für die Neuordnung abgeben. Dadurch daß sie die einzigste Notenbank für Deutschland ist, ist die Möglichkeit gegeben, die deutsche Regierung zur Erfüllung ihrer finanziellen Verpflichtungen anzuhalten, sowohl dem Deutschen selbst als auch dem Auslande gegenüber. Die Frage, ob und wieweit in das übrigens ausgleichsfähige Budget Reparationszahlungen eingestellt werden sollen, sei noch offen. Gewisse Mitglieder des Komitees hätten die Hoffnung, einen Plan unterbreiten zu können, der sich der französischen Regierung von selbst empfehle und eine Garantie für die Reparationszahlungen und die Festigung der französischen Währung bieten werde.

Sitzung des Reichseisenbahnrates.

WTB Berlin, 21. Febr.

Der Ständige Ausschuß des Reichseisenbahnrats trat auf Einladung des Reichsverkehrsministers heute vormittag zu einer Beratung von Fragen der Verwaltung auf dem Gebiete des Tarifwesens zusammen. Nach Eröffnung der Sitzung ergriff **der Reichsverkehrsminister Oeser** das Wort zu einem Ueberblick über die Entwicklung der Reichsbahn in dem vergangenen Jahre und die Auswirkung der Ruhr- und Rheinaktion. Darauf behandelte der Minister die Aufgabe des Unternehmens „Deutsche Reichsbahn". Zu den in der letzten Zeit aufgetauchten Nachrichten über eine Internationalisierung der deutschen Eisenbahnen wurde ein Antrag des geheimen Kommerzienrats Arnold einstimmig angenommen, in der der Ausschuß in **einer Internationalisierung der Reichsbahn eine Gefährdung der Tarifhoheit der Regierung und damit eine Schwächung der Reichsbahn als Grundlage der deutschen Volkswirtschaft erblickt.** Er sprach die Erwartung aus, daß die Reichsregierung die Gefahr der Auslieferung der Bahn an fremden Einfluß mit allem Nachdruck abwehren wird.

63. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Hannover.

Am 10. Februar 1924 konstituierte sich im Saale des kath. Gesellenhauses in Hannover unter dem Vorsitze des H. H. Propstes Seeland das Lokal-Komitee zur Vorbereitung der 63. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands. Einstimmig wurden gewählt als Erster Vorsitzender Hr. Oekonomierat Steiger, als Zweiter Vorsitzender Propst Seeland, als Dritter Vorsitzender Hr. Oberstaatsanwalt Dr. Wilde; das Ehrenpräsidium übernahm Hr. Bischof Dr. Joseph Ernst von Hildesheim.

Am 12. Februar fand in der Propstkirche St. Clemens unter Beteiligung des gesamten Lokal-Komitees sowie zahlreicher Gläubigen ein Festgottesdienst zur Erflehung des himmlischen Segens für die Vorbereitungsarbeit des Katholikentages statt. Das Zentral-Komitee war vertreten durch seinen Generalsekretär H. G. Raps aus Würzburg. Der Präsident Fürst Aloys zu Löwenstein konnte, am Erscheinen verhindert, nur schriftlich seine Grüße und Wünsche übermitteln. Die Festpredigt mit dem Thema: Katholiktentage sind Lichttage und Kraftage, gestaltete Hr. Generalsekretär Raps nach Inhalt und Form zu einer rhetorischen Glanzleistung. Möge es den Diaspora-Katholiken von Hannover vergönnt sein, in heiliger Liebe zu ihrer Kirche und in opferfroher Hingabe an ihr Vaterland einen Katholikentag vorzubereiten, der in der Zeit so vieler Unklarheit und Not feste Linien gibt und reichsten Erfolg hat.

Die Leiden der Pfalz.

Französische Verhaftungen.

WTB Mannheim, 20. Febr. In Bad Dürkheim hat die französische Militärpolizei in den letzten 10 Tagen 10 angesehene Bürger der Stadt verhaftet.

WTB Bergzabern, 20. Febr. Hier hat die französische Gendarmerie drei Einwohner festgenommen. Die Beamten des Finanzamtes haben am 18. Februar ihren Dienst wieder aufgenommen.

Die Geistlichen als Geiseln.

Berlin, 20. Febr. Nach Blättermeldungen aus Landau sind die dort von den Franzosen verhafteten Geiseln, die für die persönliche Sicherheit und das Eigentum der Separatisten zu bürgen haben, sämtlich Mitglieder der Abordnung, die seinerzeit bei dem englischen Generalkonsul Clive vorstellig geworden waren.

Kein hoffnungsvolles Zeichen für französische Vernunft.

London, 20. Febr. (Drahtb.)

Daily News schreibt in einem Leitartikel: Die neue französische Politik der Verhaftungen in der Pfalz sei kein hoffnungsvolles Zeichen für die Rückkehr zur Gerechtigkeit und Vernunft. Dies sei Frankreich unwürdig. Daily News tritt für die sofortige Freilassung der Bürgermeister und anderer in den Gefängnissen schmachtenden Personen ein und bemerkt, daß die in der Pfalz betriebene französische Politik Wahnsinn sei.

Abtransport der Separatisten.

WTB Speyer, 20. Febr. Die bewaffneten Separatisten werden im Laufe der nächsten Woche unter der Kontrolle der Besatzungsbehörden entwaffnet und etappenweise abtransportiert werden.

Der Reichstag über die Seperatistenherschaft.

V. D. Z. **Berlin**, 20. Febr. (Drahtb.)

Präsident Löbe eröffnet um 3 einviertel Uhr die Sitzung. Er widmet dem verstorbenen Direktor der Reichstagsbüros Geheimrat Jungheim einen herzlichen Nachruf, der von den Abgeordneten stehend angehört wird.

Auf der Tagesordnung stehen die Interpellationen des Zentrums und der Demokraten über die separatistische Gewaltherrschaft in der Pfalz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. **Barth** (komm.) daß sofort in eine politische Aussprache eingetreten wird. Die Regierung müsse den Ausnahmezustand sofort und restlos aufheben.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Im Aeltestenausschuß des Reichstags bestand Einigkeit darüber, daß in den ersten Tagen der nächsten Woche eine große politische Aussprache über die Wirkungen der Ermächtigungsgesetzes und über innen- und außenpolitische Fragen stattfinden solle.

Der kommunistische Antrag auf Abänderung der Tagesordnung scheitert an dem Widerspruch der Rechten.

Nach Erklärungen Dr. Stresemanns wird darauf der **deutsch-österreichische Handelsvertrag** in allen 3 Lesungen **angenommen**.

Nach Erledigung eines **Gesetzes über Danziger und Memelländischer Rechtsangelegenheiten** kommen die

Pfalzinterpellationen

zur Beratung.

Abg. **Hoffmann**-Ludwigshafen (Zentr.) begründet die Zentrumsinterpellation. In den letzten schweren Monaten **haben uns Pfälzern die nationalistischen Meutereien in München schwer geschädigt.** Ein **rechtsrheinischer Bayer** muß eine **kluge Zurückhaltungspolitik wahren. Diese Mahnung gilt besonders den jungmuslinischen Elementen. Die Politik des Herrn von Kahr hat leider bewirkt, daß die Sozialdemokratie,** die zuerst tapfer in der pfälzischen Einheitsfront stand, **lange Zeit Gewehr bei Fuß stand.** Dann kamen mit französischer Hilfe **die Separatisten, von denen im Durchschnitt jeder 20 Vorstrafen hat.** Und diese Elemente nennt man in Paris Freunde.

Wir haben die rauhe Methode verstanden, mit der sich in den letzten Tagen die pfälzische Bevölkerung ihrem Unwillen gegen die Separatisten Luft machte. Wir müssen aber beachten, daß die **Separatisten 20 Pfälzer brutal ermordet haben.** Die Politik Poincares muß Haß und Rache säen.

Wir wollen lieber als Deutsche sterben, als Franzosen verderben.

Abg. Schulz (Dtn.) Bromberg begründet hierauf einen Antrag seiner Fraktion auf Erlaß eines Gesetzes mit folgenden Hauptbestimmungen:

1. Für das Verbrechen des **Hochverrats im besetzten Gebiet wird die Todesstrafe** festgesetzt.

2. Das **Reichsgericht ist auch in Abwesenheit des Schuldigen zur Aburteilung wegen Hochverrats berufen.**

3. Als Abwesenheit gilt eine solche in dem Falle, daß der Beschuldigte sich im besetzten Gebiet aufhält und so seine Gestellung für das Reichsgericht nicht ausführbar ist.

4. Die Reichsanwaltschaft ist gehalten, sofort das Verfahren gegen diese Hochverräter einzuleiten.

Gegen 6 Uhr vertagt der Reichstag die Beantwortung der Interpellationen auf Donnerstag, 2 Uhr nachmittags.

Der Pfalzausschuß abgereist.

WTB Speyer, 20. Febr. Der Unterausschuß der Rheinlandskommission ist von hier abgereist. Die Separatisten sind im Regierungsgebäude kaserniert. Offenbar ist dies das Asyl für die aus den übrigen Orten geflüchteten Separatisten geworden.

Die politischen Rhein- und Ruhrgefangenen.

)(**Berlin**, 19. Febr. In Ergänzung der in der gestrigen Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten von Regierungsseite gemachten Angaben über den Stand der Frage der politischen Gefangenen aus dem Rheinland und dem Ruhrgebiet erfahren wir von unterrichteter Seite noch folgendes:

Aus der in dem französischen Gelbbuch abgedruckten Korrespondenz zwischen der französischen und belgischen Regierung war bereits bekannt, daß französischerseits der Erlaß einer allgemeinen Amnestie zu Gunsten der politischen Gefangenen aus dem Ruhrkampfe grundsätzlich abgelehnt wird und die französische Regierung sich nur zur Prüfung der einzelnen Fälle bereitfinden wird. Hierbei ist es auch trotz aller diplomatischen Demarche unserer auswärtigen Vertreter geblieben. Es bleibt nichts anderes übrig, als für jeden einzelnen politischen Gefangenen ein Gnadengesuch einzureichen und auf ihre baldige Entlassung hinzuwirken. Dieser Aufgabe haben sich die Verteidiger in dankenswerter Weise unterzogen. Ein gewisser Erfolg ist insofern festzustellen, als sich die **Zahl der politischen Gefangenen von 5000 auf 1500 bis 1600** vermindert hat, von welchen etwa 500 nach deutscher Auffassung als politische Gefangene zu betrachten sind. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß ein großer Teil der inzwischen entlassenen Gefangenen nicht durch einen Begnadigungsakt sondern durch Ablauf der Strafzeit die Freiheit wiedererlangt hat. Nach eigener Ueberzeugung der Verteidigung verbürgt allein diese Art eine schnelle Erledigung, da die Entscheidung im wesentlichen bei General Degoutte liegt, sodaß die Einschaltung des diplomatischen Weges bei der französischen Regierung nur ergänzend bleibt. Wenn zurzeit noch die überwiegende Mehrzahl der politischen Gefangenen der Obhut der inneren Ressorts anvertraut ist, hat das auswärtige Amt jedoch eine gleiche Tätigkeit zu Gunsten der 44 nach Frankreich und Belgien geschafften Gefangenen entfaltet. Von diesen Gefangenen befinden sich 31 in St. Martin de Re, 9 in anderen französischen Gefängnissen und 4 in Löwen. Da St. Martin de Re das Generaldepot für die französischen Verbrecher bildet, die zur Zwangsarbeit verurteilt und nach der Verbrecherkolonie Guayana abtransportiert werden, bestand lange Zeit in Deutschland die Befürchtung, daß die französische Regierung auch zur Deportation der deutschen politischen Gefangenen schreiten würde. Diese Gefahr ist beseitigt durch die bindende Erklärung der französischen Regierung, daß sie an eine derartige Deportation nicht denkt. Die politischen Gefangenen in St. Martin de Re sind im November und darnach von Beamten der deutschen Botschaft besucht worden. Ein dritter Besuch steht noch bevor. Außerdem hat ein holländischer Herr die dortigen Gefangenen zu Weihnachten besucht und eine Rheinlandsfeier veranstaltet. Die vier Gefangenen in Löwen sind in gleicher Weise von einem Beamten der deutschen Gesandtschaft in Brüssel besucht worden. Die belgische Regierung hat diesen Gefangenen nunmehr allgemein die Rechte der politischen Gefangenen zuteil werden lassen. Auch ist verschiedentlich den Wünschen der Gefangenen Rechnung getragen worden. Sie erhalten aus Mitteln des deutschen Roten Kreuzes monatlich 100 Franken. Auch hat das deutsche Rote Kreuz den Gefangenen eine deutsche Bücherei überwiesen, deren Benutzung den Gefangenen freisteht. Schließlich haben sie ebenfalls aus Mitteln des deutschen Roten Kreuzes warme Unterkleidung erhalten.

Deutsches Reich.

Auszahlung der Beamtengehälter.

WTB Berlin, 20. Febr. (Drahtb.)

Die Beamtengehälter sollen für den Monat März nicht wie im vergangenen Monat in zwei Hälften, sondern mit zweidrittel zu Beginn des Monats und eindrittel am Monatsschluß des März egzahlt werden. Die gesamte Abschlagszahlung von zweidrittel soll den Wünschen der Beamten entsprechend mit Rücksicht auf die zum Monatsersten stattfindenden größeren Ausgaben bereits am 29. ausgezahlt werden.

Die deutschen Ansprüche an Amerika.

WTB Newyork, 20. Febr. (Funkspruch.)

Associated Preß, meldet aus Washington, der Rechtsbeistand der deutschen Schiffahrtsgesellschaften u. a. die Hapag und der Norddeutsche Lloyd begründeten vor dem zuständigen Bundesgericht der Vereinigten Staaten ihre Ansprüche, durch die ungefähr 300 Millionen Dollar als Entschädigung für die im Kriege von den Vereinigten Staaten beschlagnahmten deutschen Passagier- und Frachtschiffe verlangt wird. Der Norddeutsche Lloyd verlangt allein 38 Millionen Dollar für seine Schiffe, die in ausländischen Häfen interniert und bei Kriegsausbruch von den Vereinigten Staaten beschlagnahmt worden sind. Der Rechtsbeistand behauptet, daß die Schiffe als Privateigentum gegen die Beschlagnahme auf Grund des Kriegsrechts gesichert seien.

Italienische Kriegsfahrzeuge auf der Donau.

WTB Rom, 21. Febr. (Drahtb.)

Anfang März wird das Kanonenboot **Giovlani** und ein Torpedoboot von Spezia in See gehen, um auf der Donau zu kreuzen. Das Torpedoboot wird Preßburg, Wien und möglicherweise Regensburg anlaufen.

Vertagung des preußischen Landtages.

Der Aeltestenrat des preußischen Landtags hat beschlossen, daß der Landtag am 23. Februar bis zum 18. März sich vertagt.

Vertagung der Beamtenverhandlungen mit dem Reichsinnenminister.

Berlin, 20. Febr. Die vom Reichsminister des Innern geführten Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Beamten über die Kürzung des Urlaubs sind einstweilen vertagt worden, da die Beamtenvertreter genaue Angaben zu erhalten wünschten, was für effektive Ersparnisse die geplanten Urlaubskürzungen zeitigten. Von der Eisenbahn ist mittlerweile festgestellt worden, daß man bei einer Kürzung des Urlaubs um eine Woche eine Ersparnis um 18 Millionen erzielen könnte. Bei der Post waren bisher 16 000 Vertreter für erkrankte oder beurlaubte Beamte tätig, und zwar 6000 für erkrankte und 10000 für beurlaubte Beamte.

Zur Verhaftung Roßbachs.

)(**Berlin**, 20. Febr. Der in Wien verhaftete Oberleutnant Roßbach ist gestern beim Wiener Landgericht **eingeliefert** worden, wo er bleiben wird, bis auf Grund des von der Münchener Staatsanwaltschaft erlassenen Steckbriefen gegen ihn wegen Hochverrats über seine Auslieferung ein Beschluß gefaßt sein wird. Zunächst wird gegen ihn ein Verfahren **wegen falscher Ausweispapiere und falschen Passes,** sowie wegen falscher Anmeldung durchgeführt.

Der Rücktritt Kahrs angenommen.

WTB München, 20. Febr. Auf die Rücktrittserklärung des Generalstaatskommissars von Kahr hat Staatsminister Dr. Mott an diesen ein Antwortschreiben gerichtet, worin u. a. gesagt wird: „Das Gesamtministerium hat Ihre Erklärung angenommen und Sie wunschgemäß vom Amte eines Generalstaatskommissars gemäß vom Amte eines Generalstaatskommissars enthoben. Gleichzeitig hat mich das Staatsministerium befugt, Ihnen wärmsten Dank für die aufopfernde Bereitwilligkeit des entsagungsreichen Amtes und für die außerordentlichen Dienste zu übermitteln, die Sie sich in schwerer Zeit um das Geschick unseres bayerischen und deutschen Vaterlandes durch die Wahrung der Staatsautorität erworben haben."

Fortdauer des bayerischen Ausnahmezustandes.

WTB München, 20. Febr. Der bayrische Ausnahmezustand bleibt den Blättern zufolge bestehen. Die vollziehende Gewalt, die der Generalstaatskommissar in Händen hatte, wird vom Gesamtministerium ausgeübt, dem der bisherige Beirat des Generalstaatskommissariates zur Verfügung gestellt wird.

Das bayrische Volksbegehen.

München, 21. Febr. (Drahtb.) (Korrespondenz Hoffmann.) In sämtlichen bayrischen Städten sind bisher 289442 Stimmen für die Auflösung des Landtages und 262737 Stimmen für die Verfassungsänderung abgegeben worden. In 36 bayrischen Bezirken ergab die Abstimmung 227911 Stimmen für die Auflösung und 221539 Stimmen für die Verfassungsänderung.

Preußischer Landtag.

VDZ. **Berlin**, 20. Febr. (Drahtb.)

Das Haus lehnt in zweiter Beratung die Vorlagen zur **Aenderung der Reisekosten- und der Umzugsentschädigung für die Mitglieder und den Präsidenten des Staatsrats,** da die Rechte schwach vertreten ist, durch Zufallsmehrheit, in allen Teilen **ab.** Damit ist zugleich die auf der Tagesordnung stehende 3. Beratung erledigt. (Große Unruhe rechts, lebhafter Beifall auf der Linken).

Das Haus tritt darauf in die Beratung des Antrags auf

Unterstützung der Privatschulen

ein. Danach soll das Staatsministerium ersucht werden, sobald es die Finanzlage des Staates gestattet, sowohl bei der Bemessung der Unterstützungen darauf Bedacht zu nehmen, daß die Besoldungsverhältnisse der Lehrkräfte der Privatschulen als auch die Alters- und Hinterbliebenenversicherung den Verhältnissen der öffentlichen Schulen angepaßt werden.

Das Haus geht dann zur gemeinsame Beratung des Antrages: Unterstützung der Erwerbslosen, Aufhebung des Reichsmietengesetzes, Steuerung der Wohnungsnot, Förderung der privaten Bautätigkeit usw. über.

Der Abg. Meier (Soz.) Solingen, tritt für eine Abänderung ein, wonach das Staatsministerium ersucht werden soll, die Arbeitslosigkeit und **der großen** Not der Erwerbslosen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und die Belebung der Wirtschaft mit allen Mitteln zu fördern.

Abg. Sonnenschein (Dtn.) bezeichnet als die Pflicht der Staatsregierung, für Schaffung von Arbeitsgelegenheit zu sorgen.

Abg. Engberding (DVP.) wendet sich auf das schärfste gegen die Rede des Ministers Severing in Münster. Ein Schuft sei, wer zu wenig Lohn zahlt.

Abg. **Wester** beschäftigte sich mit der Entwicklung der **Krankenkassen.** Der jetzige Zustand bei der minimalen Unterstützung der Erwerbslosen dürfe nicht länger aufrecht erhalten bleiben.

Staatssekretär Dr. **Scheidt** weist auf die Ruhr-

Der ewige Kampf.

20) Roman von **Karlfriedrich Baberadt.**

„Nein, nein, das wird zu spät, Vater! Um Gottes willen, hilf ihm jetzt gleich!" Und sie schrie: „Hu—u! Hallo!" und hohl kroch aus dem Nebel der Ruf heraus: „Margret, Margret."

Wie ein elektrischer Schlag durchzuckte es den Bauer. „Er ruft dich bei deinem Vornamen, der Ingenieur?" fragte er drohend.

Margret schien den schlimmen Sinn der Frage nicht zu verstehen. „Ach Gott, ja!" wimmerte sie, „er . . . und ich . . . aber hilf ihm doch Vater, hilf ihm, ehe etwas Schreckliches passiert ist."

„Flausen! Da passiert nichts Schreckliches! Warum ruft er dich bei deinem Vornamen. Was heißt das: er . . . und du . . .?"

„Wenn du uns nicht helfen willst, Vater, tu ich's allein. Ich finde ihn schon!" rief das Mädchen halb von Sinnen vor Angst, machte sich aus dem Arm des Vaters frei und wollte geradeaus in den Nebel laufen. Der Alte hielt sie fest. „Da geht kein Weg, dummes Ding!" schimpfte er. „Ha, was bist du für eine? Was hast du mit dem fremden Menschen? Wird's wohl!"

„Mein Gott und Vater! Wir stehen hier und säumen und er . . . er . . . Laß mich Vater, ich muß ihm helfen, wir müssen ihn suchen. Wir haben uns versprochen."

„Ihr habt . . ."

„Er will mich heiraten, mein Gott, ja! Willst du ihm immer noch nicht helfen?" Ohne ein Wort zu erwidern, schlug Bruckschen den nächsten ihm bekannten Pfad zu dem Stauweiher ein. Dort fand er Richard Steigerwald und brachte ihn bis zur Dorfstraße. Gesprochen haben sie unterwegs nicht. Den Dank Steigerwalds lehnte der alte Bauer mit einer herrischen Handbewegung ab. Nur Margret war glücklich.

Unmerklich ging der Herbst in den Winter über. Sechs Wochen vor Weihnachten gab es ein paar Tage, die klar und kalt waren und wo auf dem Rhein Eisschollen getrieben kamen, aber die Herrlichkeit war kurz. Nach einem tüchtigen Schneefall fing es an zu tauen und dann setzte die Regenzeit ein, die sie am Niederrhein „Winter" nennen, selten unterbrochen von einem sonnigen Tag. Grau und schwermütig hing Woche um Woche der Himmel tief über dem Land, den trüben Grachten entstiegen Abend um Abend weiße Nebeldünste, krochen über die Felder und Wiesen und blieben oft den ganzen Tag lang unbeweglich liegen. Eine drückende Einsamkeit schwebte über dem Land. Alles Feste schien sich in wesenlose Schemen auflösen zu wollen, alle Linien verschwammen und der Blick verlor sich in undurchdringliche Rätselfernen. Alles Laute schien erstorben, die Menschen kamen und gingen wie unwirkliche Schatten. Sie fühlten die Last, die auf ihnen ruhte, und vermochten doch nicht, sie abzuschütteln. In den Nächten, wenn die Stürme über die Ebene fegten, wie die wilde Jagd, träumten sie von dem Frühling, den sie mit traurigen Liedern grüßten, wenn sie wachten. Es war keine Freude mehr in den Menschen, sie verschlossen sich gegeneinander und es schien, als wäre aller Kampf geschlichtet. Aber keiner glaubte an den Frieden, keiner glaubte dem Schweigen — sie wußten alle: wenn das Licht die Nebeltage besiegt haben wird, loht das Feuer wieder auf, das jetzt zu verglimmen scheint.

An einem wundersamen Februartag, der wie ein Vorbote des Frühlings war und dessen warmes Schwellen wie ein zitterndes Sehnen über die Menschen strich, kam ein Brief in den Hof, der Kunde brachte aus dem Bergischen, wohin Tag um Tag Heinz Potters Gedanken in Sorge und Liebe eilten. Gute Kunde war es nicht, denn der junge Bauer biß die Zähne zusammen, als er die schmalen Seiten las, und in seinen Augen brannten Angst und Schmerz. Statt einer stolzen Glücklichen gelangte eine gedemütigte Siechе in die Heimat.

Heinz Potter fühlte, wie es ihm heiß in die Augen quoll, wenn er daran dachte, und er beschloß, seine Heirat mit Lene zu beschleunigen. Aber Gerd Bruckschen, der nach wie vor treu zu seinem Pächter hielt, wollte davon nichts wissen und meinte, die Lene müsse sich erst einmal richtig erholen, ehe sie die schwere Last einer Hausfrau auf sich nähme. Am liebsten hätte er sie zu sich auf den Bruckschenhof geholt, doch das ging nicht wegen der Margret. Nach langem Ueberlegen fand er endlich einen Ausweg: bei Dirk Bits konnte Lene unterkommen, dort konnte sie sich erholen, und war doch nahe genug, um Heinz aufsuchen zu können, wenn sie wollte.

Lene und Heinz Potter waren mit diesem Vorschlag einverstanden und bald darauf holte Potter seine Liebste in die Heimat zurück. Am Morgen nach diesem Tage fand er auf der Schwelle des Hofes einen Zettel, auf dem ihm einer zuschwor, daß er ihm Schand und Brand antun wollte, wenn er die Lene nicht freigäbe. Trotzig zerriß Heinz Potter das Papier in tausend Fetzen.

Die alte Trien mochte es im „Krug" nicht länger aushalten, und da sie trotz ihrer Jahre noch eine wackere Schafferin war, nahm Heinz Potter sie als Wirtschafterin zu sich. Die bösen Mäuler im Dorf konnten dann nichts sagen, wenn die Lene tagtäglich ihre alte Freundin, die schon ihre Kindheit überwacht hatte, aufsuchte. Aber die Trien vergaß trotzdem Vater und Gilles nicht. Der Greis wurde immer kindischer und gebrechlicher und die treue Seele fand noch manche Stunde Zeit, ihn zu pflegen und zu unterhalten.

So schien alles bereit, das Glück zu empfangen. Heinz Potter und seine zwei Knechte, die er sich im Bergischen angeworben hatte, hatten freilich alle Hände voll zu tun, um den Hof, den der vorige Pächter mehr und mehr vernachlässigt hatte, wieder in ertragreichen Nutzstand zu bringen, und das gelang ihnen mit sichtbarem Erfolg, denn als der Sommer ins Land zog, gehörte der Tochterhof zu den schmucksten Anwesen des Dries.

In dem schönen, schmalen Gärtchen, das das Haus von der Straße trennte, blühten Tulpen, Reseda, Lilien, Ritterſporn und Akelei, und zwei mächtige Linden beschatteten den Eingang zum Hof. Unmittelbar an das Haus, das mit seinen weißen Fensterkreuzen und den grünen Läden anmutig dreinschaute, schlossen sich die Wirtschaftsgebäude und die Ställe an, dahinter lag der große Gemüsegarten an den der ausgedehnte Bougart, der Obstgarten, anstieß. Die ganze Besitzung war von einer hohen Buchsbaumhecke umgeben, auf der allerlei seltsam verschnittene Tierfiguren verwachsen waren, die bald einen gravitätischen Pfau, bald einem schüchternen springenden Häslein ähnlich sahen. Jenseits der Hecke dehnten sich morgenweit die zu dem Hofe gehörigen Aecker und Wiesen aus, mitten drin lag der Stauweiher, der von einem schmalen Wasserarm gespeist wurde, und vor dem Heinz Potter mit Hilfe Richard Steigerwalds ein sinnreiches Schleusen- und Bewässerungssystem geschaffen hatte. Dieses Werk war sein ganzer Stolz, aber auch seine größte Sorge, denn er wußte, daß die Hauptschleuse noch nicht stark genug sei und die Gefahr nahe lag, daß sie bei Hochwasser dem Druck nachgeben könnte. Dann freilich wäre es um die Wiesen und Felder auf lange hinaus geschehen gewesen.

Richard Steigerwald konnte sich um diese Sache nicht mehr kümmern, er war bald nach jener Nebelnacht, in der er sich auf dem Wege zum Bruckschenhof verirrt hatte, in die Stadt zurückgegangen, doch nicht, ohne Margret das Versprechen gegeben zu haben, im Sommer wieder zu kommen. Seine Sendung in Lossum war ja noch nicht erfüllt und sein Ehrgeiz gebot ihm, aufs neue den Kampf aufzunehmen, um Lossum der neuen Zeit zu erschließen. Seine ganze Arbeit mußte sich jetzt darauf beschränken, den Bruckschenhöfer mürbe zu machen, und das gedachte er am besten zu können, wenn er sein Schwiegersohn werden würde. Zwar der Alte hatte ihn damals sehr kurz abgewiesen, ohne ihn überhaupt anzuhören, und die Briefe, die er ihm aus der Stadt geschickt hatte, waren, wie Margret schrieb, uneröffnet ins Feuer gewandert, aber Richard Steigerwalds Glaube an sich war zu fest, das Bewußtsein seiner Ueberlegenheit zu stark, als daß er sich durch Gerd Bruckschens abweisendes Verhalten im geringsten hätte irremachen lassen. Die Hauptsache war, daß er seiner Margret sicher war, und das war er.

(Fortsetzung folgt!)

besetzung und die außerordentliche Kreditnot hin. Eine schärfere Kontrolle der Erwerbslosen sei angeordnet.

Nach weiteren Erklärungen einiger Abgeordneter vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Beamtenabbau-Verordnung und kleinere Vorlagen. Schluß gegen 8dreiviertel Uhr.

Ausland.

Der englische König spricht.

WTB **London**, 20. Febr.

Die Morning Post berichtet, daß der König gestern beim Empfang von Abgeordneten der Provinzialsynoden von Canterbury und York im Buckingham Palast die **Notwendigkeit des Weltfriedens** betonte und auf die **Bedeutung der Aufrechterhaltung der Bande der Freundschaft und des Zusammenwirkens zwischen England und seinen Alliierten**, besonders Frankreich und Amerika hinwies.

Die Diplomaten an der Arbeit.

WTB **London**, 20. Febr.

Der britische Botschafter in Berlin Lord Abernoon sprach gestern im Foreign Office vor, ebenso der französische Botschafter in London Graf St. Aulaire.

Der Japanische Außenkurs unverändert.

Tokio, 20. Febr.

Der neue japanische Minister des Aeußeren Baron Matsui erklärte, die Politik Japans gegenüber Rußland bleibt unverändert. Japan wünscht seine vollen Beziehungen zu Rußland wieder aufzunehmen, vorausgesetzt daß die noch schwebenden Fragen geregelt werden.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

E **Olpe**, 21. Febr. **Windthorstbund.** Gestern abend fand im Lokale Anton Gastreich eine Versammlung des Windthorstbundes statt, in der Redakteur Dr. **Wand** über brennende politische Tagesfragen sprach. Die wichtigste Frage ist auch heute noch die **Reparationsfrage.** In dieser Frage zeigt sich heute zum ersten Male ein kleiner Lichtschein am Horizont. Die Arbeit der Sachverständigen hat gezeigt, daß weder Frankreich, noch sonst ein Land von uns etwas zu erhoffen hat, wenn uns nicht Luft gelassen wird, d. h., wenn nicht die Ruhr- und die sonstigen Pfänder uns zurückgegeben werden. Das haben die Sachverständigen festgestellt, die nach Berlin gekommen waren, nicht um ein für Deutschland günstige Entscheidung zu fällen, sondern um herauszufinden wieviel wir leisten können. Daneben behandelte er außer den damit in Zusammenhang stehenden außenpolitischen Problemen besonders das französisch-englische Verhältnis mit seiner Auswirkung auf Deutschland. Er wies nach, daß die Zentrumspartei stets vaterländisch gehandelt habe und trat warm für die einem Windthorstjünger selbstverständliche Pflege des vaterländischen Gedanken ein. Er sprach über die wirtschaftliche u. innerpolitische Lage warnte insbesondere von der drohenden parlamentarischen Krise im Reiche, die auf jeden Fall verhindert werden müsse, um den Kredit Deutschlands im Auslande, der zur Ankurbelung der deutschen Wirtschaft. Die genaue Kenntnis vieler sonst unbekannter Einzelheiten gab den Redner besonderes Gewicht. Die Versammlung folgte den Worten mit reger Teilnahme, was auch die lebhafte Aussprache bewies, die sich daran anknüpfte.

(**) **Olpe**, 21. Febr. Die **Liga zum Schutze der deutschen Kultur** hatte gestern abend zu einem Vortrag Heinrich **Distlers** über das Liebeswerk Deutsch-Oesterreichs mit Lichtbildern eingeladen. Da Distler, der Herausgeber der „Nacht am Rhein" Wien in Olpe bereits durch seinen zündenden Vortrag im vorigen Jahre bekannt geworden war und sich viele Freunde erworben hatte, war es nicht verwunderlich, daß der Vereinshaussaal bis auf den letzten Platz besetzt war. Nach einer herzlichen Begrüßungsansprache durch den Versammlungsleiter, Schulrat Braun, ergriff Distler das Wort. Mit weithin schallender Stimme brach er eine Lanze für das Deutschtum in Deutsch-Oesterreich, sang ein begeistertes Lied über die deutsche Treue, die in Deutsch-Oesterreich stets geübt ist und heute in besonders erhöhtem Maße bewiesen wird, und gedachte der vielen Dichter Deutsch-Oesterreichs, die in Wort und Lied die deutsche Treue zu predigen, immer als ihre höchste Pflicht und edelste Aufgabe betrachtet haben. Das Schönste in diesem urdeutschen Lande sei: je schlimmer es Deutschland ging, desto treuer hat Deutsch-Oesterreich zu Deutschland gehalten. Alle Volkskreise hätten in Deutschlands Zeiten der Not gern für Deutschland gegeben, obschon auch dort Not und Abbau herrsche. Dies gelte namentlich für die letzte Zeit, wo so unendlich viele pflegebedürftige Kinder aus Deutschland bei seinen Landsleuten untergebracht seien und dort in jeder Hinsicht beste Pflege erführen. Man verlange allerdings von den Kindern auch, daß sie dort Ehrfurcht vor Lehrerschaft und Geistlichkeit bewiesen. Kinder mit freigeistigen Ideen könne man in Deutsch-Oesterreich nicht gebrauchen. Die schicke man dorthin, woher sie gekommen. Redner, der wahrscheinlich in der Osterwoche etwa 100 Kinder aus dem Siegerlande nach dort zu bringen gedenkt, erzählte dann, wie gut es den Kindern dort geht und wußte seine Ausführungen durch einige amüsante Einzelheiten besonders schmackhaft zu machen. Was für die Kinder getan werden könne, werde getan. Sie bekämen ihre Sparkassenbücher und bei ihrer Rückkehr in die Heimat noch Liebesgaben mit auf den Weg. Namentlich kehrten die Kinder zur Heimat zurück als **Kinder der deutschen Einheit.** Dann legte Distler einen „Rechenschaftsbericht" ab über seine Tätigkeit im Dienste der deutschen Kulturliga, wobei er besonders der Opferfreudigkeit der Westfalen gedachte, die im vergangenen Jahre einen besonderen Eifer entwickelt hätten. Jetzt habe er, Distler, sich auf den Weg gemacht, den wackeren Westfalen seinen Dank abzustatten und nun ein Werk zu vollenden: **Die Bildung eines einigen Staates!** Lebhafter Beifall war der Dank, der dem Redner für seine Ausführungen folgte. Dann wurde eine Reihe von Lichtbildern aus Oesterreichs reizvollen Gebirgslandschaften vorgeführt, die einen prächtigen Einblick in herrlichen Landeseigentümlichkeiten boten und ebenfalls mit Begeisterung und höchster Aufmerksamkeit aufgenommen wurden.

(**) **Olpe**, 21. Febr. **(Schwester Andrea Busien †.)** Gestern nachmittag ist die erste Vorsteherin der hiesigen St. Franziskus-Schule unerwartet nach kurzer schwerer Krankheit verstorben. Manches Jahr hat die beliebte Verblichene in vorbildlicher Weise unter der Mädchenjugend von Olpe gewirkt, und viele werden sie in dankbarer Erinnerung haben. Sie gehörte zum Ratskapitel der Genossenschaft der armen Franziskanerinnen und ist ihr allzufrüh entrissen worden. Seit der Niederlegung des Schulamtes war sie unermüdlich in der Vorbildung der jungen Schwestern zu zukünftigen Lehrerinnen tätig. Still und arbeitsreich war ihr Leben, und so schied sie auch mitten aus voller Arbeit.

(**) **Olpe**, 21. Febr. Nach dem Gemeindewahlgesetz sollen die **Stadtverordnetenwahlen am 4. Mai** stattfinden. Die Anzahl der zu wählenden Stadtverordneten beträgt 11. In Städten bis zu 15 000 Einwohnern kommt noch die Zahl für jede angefangene 1000 um je einen Stadtverordneten mehr erhöht werden, sodaß für Olpe möglicherweise als Höchstzahl 18 herauskäme. **Wahlberechtigt** sind alle über 20 Jahre alten reichsdeutschen Männer und Frauen, die seit ununterbrochen 6 Monaten ihren Wohnsitz im Gemeindegebiete hatten. Wählbar sind diejenigen Wahlberechtigten, die am Wahltage das 25. Lebensjahr vollendet haben. Zur Ausübung der Wahlberechtigung ist die Eintragung in die rechtsgültig festgestellte **Bürgerliste** erforderlich. Also sorge jeder dafür, daß sein Name in die Liste frühzeitig eingetragen wird. Die Bürgerliste ist spätestens 5 Wochen lang vor dem Wahltage auszulegen. Die **Wahlvorschläge** sind spätestens am 17. Tage vor dem Wahltage schriftlich dem Vorsitzenden des Wahlausschusses (Bürgermeister, Gemeindevorsteher) einzureichen. Der Gemeindevorstand hat durch Bekanntmachung in ortsüblicher Weise spätestens 4 Wochen vor dem Wahltage zur Erreichung von Wahlvorschlägen aufzufordern.

(**) **Olpe**, 21. Febr. Die Zahl der **Erwerbslosen** in der Stadt Olpe ist in der letzten Woche ein wenig zurückgegangen. Wir haben z. Z. 164 Vollerwerbslose und einige 20 Kurzarbeiter.

(*s) **Olpe**, 21. Febr. Die **Mondfinsternis** war in den gestrigen Frühabendstunden sehr schön zu beobachten. Nach der anfänglichen vollständigen Verdunklung der Scheibe und bei vollkommenem abendröthlichem Himmel ließ sich hernach jede einzelne Phase dieser Himmelserscheinung mit bloßem Auge gut beobachten. Am Spätabend hatte der hellglänzende Mond einen sog. Hof, den in einiger Entfernung ein Ring umschloß.

:: **Hagener Schauspielhaus.** Morgen ist die erste Wiederholung von Beethovens „Fidelio", in deren Handlung sich der Meister selbst mit der ganzen Schwere seines Empfindens hineinlegt und in den vollquellenden Tönen ausfingt. Die Vorstellung ist in Miete A.

0—0 **Aus dem Amte Attendorn**, 21. Febr. **Die Einwohnerzahl des Amtes Attendorn** beträgt nach der letzten Personenstandsaufnahme 7528 gegen 7406 im Vorjahre. Es entfallen auf die **Landgemeinde Attendorn 5097**, auf die **Gemeinde Helden 2431.** Die Seelenzahl ist in den letzten Jahren beständig gestiegen.

Sitzung der Gemeindevertretung der Landgemeinde Attendorn.

:: **Listernohl**, 21. Febr.

In der Sitzung der Gemeindevertretung der Landgemeinde Attendorn, die am 16. ds. Mts. hier stattfand, und in der unter Vorsitz des Amtmanns Becker sämtliche Gemeindevertreter bis auf einen anwesend waren, wurde folgendes verhandelt und beschlossen:

1. **Einführung des Gemeindeverordneten Teipel aus Ennest.** Der Gemeindeverordnete Peter Teipel aus Ennest, der an die Stelle des verstorbenen Verordneten Luke-Biekofen tritt, wurde vom Amtmann in sein Amt eingeführt und an Eidesstatt durch Handschlag verpflichtet.

2. **Arbeitslosenfragen.** Nach den höheren Orts ergangenen Anordnungen ist die Erwerbslosenunterstützung mit Rücksicht auf die äußerst schwierige Finanzlage von Reich und Staat nur denjenigen Arbeitslosen, die dringend bedürftig sind, zu gewähren. Die Frage der Bedürftigkeit ist beim Vorhandensein von Grundbesitz besonders scharf zu prüfen. Die Liste der Empfänger der Erwerbslosenunterstützung wurde dementsprechend nachgeprüft und die neuen Anträge entschieden. Von ihrem Rechte, von den Erwerbslosen eine Arbeitsleistung zu fordern, will die Gemeinde vorläufig keinen Gebrauch machen.

3. **Erhebung der Grund- und Gewerbesteuer für das Vierteljahr Januar-April 1924.** An Zuschlag zur Grundvermögenssteuer werden 100 Prozent der staatlichen Sätze erhoben. Da die letzteren inzwischen bis zu einem Monatsbetrage von 50 Mark erheblich herabgesetzt sind, ermäßigt sich auch die Gemeindesteuer entsprechend. Die Gewerbesteuer wird gemäß dem gesetzlich festgesetzten Multiplikator von 180 Millionen zu dem 360millionenfachen Betrage der Jahressteuer von 1922 herangezogen.

4. **Neuregelung der Gewerbesteuer für 1924.** Durch ein neues Gesetz ist den Gemeinden die Möglichkeit gegeben, neben der nach dem Ertrage veranlagten Gewerbesteuer eine besondere Steuer von der gezahlten Lohnsumme zu erheben. Es wird beschlossen, hiervon abzusehen. Es werden also die bisherigen Bemessungsgrundlagen (Ertrag und Gewerbekapital) beibehalten.

5. **Schreiben der Obersörsterei Ewig betr. Zahlung einer Entschädigung für die Aufstellung der Masten der Hochspannungsleitung Ewig-Bielhofen, Dahlhausen-Windhausen.** Die Angelegenheit wird bis zur nächsten Sitzung vertagt.

6. **Desgl., betr. Pacht für die Viehweiden in Windhausen und Listernohl.** Die Anerkennung der Vertragsentwürfe wird abgelehnt, da die geforderten Pächte zu hoch sind.

7. **Stundung von Grundsteuern.** Den eingegangenen Anträgen auf Stundung der Grundvermögenssteuer konnte gemäß den bestehenden Bestimmungen nur in den allerdringendsten Fällen stattgegeben werden.

8. **Uebernahme von Verbandsbeiträgen für die Feuerwehren.** Die Beiträge der Feuerwehren zum Westf. Feuerwehrverband werden auf die Gemeinde übernommen.

9. **Abänderung der Mietsverordnung.** Nach der kürzlich ergangenen Verordnung über die gesetzliche Miete ist diese bekanntlich unter Zugrundelegung der Papiermark-Grundmiete in Goldmark zu leisten. Die Miete wird jetzt durch Zuschläge in Goldmark zu der Grundmiete (Friedensmiete) errechnet. Die Goldzuschläge sind wie folgt festgesetzt: 1. für Verwaltungskosten usw. 5 Prozent, 2. für die Kosten der laufenden Instandsetzung einschließlich der Schönheitsreparaturen 10 Prozent, 3. für Betriebskosten 15 Prozent; 4. für große Instandsetzungsarbeiten darf der vom Mietseinigungsamt festzusetzende Sonderzuschlag 3 Prozent nicht überschreiten. Hiernach würde z. B. bei einer Friedensgrundmiete von 300 Mark die Jahresmiete 90 Goldmark ohne einen eventl. Sonderzuschlag betragen. Werden die sogen. Schönheitsreparaturen (Tapezieren, Anstreichen oder Kälken der Wände und Decken, Streichen der Fußböden und Fenster, Anstrich der Türen) vom Mieter ausgeführt, so ermäßigt sich der Zuschlag für die Instandsetzungsarbeiten auf 6 Prozent. Die früher von der Landgemeinde Attendorn erlassene Anordnung wurde hiernach abgeändert.

10. **Schreiben des Finanzamtes Olpe auf Uebernahme der Kosten der örtlichen Steuererhebung.** Das Finanzamt beabsichtigt für die Erhebung der Reichseinkommensteuer örtliche Hebestelle abzuhalten und ersucht die Gemeinden um Uebernahme der hierdurch entstehenden Kosten. Obschon die Gemeinde die beabsichtigte Maßnahme im Interesse der Steuerpflichtigen begrüßt, so ist sie bei ihrer ungünstigen Finanzlage doch nicht in der Lage, die entstehenden Kosten zu übernehmen, sie ist der Ansicht, daß diese aus Reichsmitteln zu bestreiten oder aber von den Censiten zu zahlen sind.

11. **Unterbringung der Feuerspritze in Ennest.** Es wird in Aussicht genommen, mit dem in Ennest geplanten Gebäude zur Unterbringung des Transformators den Bau eines Spritzenhauses zu verbinden.

12. **Anträge Diedrich Haarmann und Aloys Reuber-Heggen auf Ueberlassung von Bauplätzen daselbst.** Den Anträgen wird stattgegeben.

13. **Durchführung der Baugenossenschaft Attendorn Land.** Es wird beschlossen, einer von Bauinteressenten etwa neu zu gründenden Genossenschaft beizutreten und die Interessen der Bauanwärter nach Kräften wahrzunehmen. Ueber die Möglichkeit der gedlichen Unterstützung von Wohnungsbauten in diesem Jahre ist noch nichts bestimmt.

14. **Gesuch H. Sternberg und Gen. in Heggen auf Weiterführung der Kanalisation.** Es ist zunächst ein Kostenanschlag vom Baumeister einzuforbern.

15. **Antrag Schemm und Gen. in Papiermühle auf Bewilligung einer Beihilfe zur Einrichtung einer Postverbindung Kraghammer-Valbert.** Die Gemeinde ist grundsätzlich bereit, sich an der Aufbringung der Kosten zu beteiligen.

16. **Armensachen.** Die vorliegenden Sachen wurden erledigt.

!! **Finnentrop**, 21. Febr. **(Kundgebung für die Pfalz.)** Hier wurde am 17. Februar zum Pfalz- und Rheinland-Opfertag eine eindrucksvolle Kundgebung veranstaltet, zu der außer der Zentrumspartei, der Kriegerverein, der Männergesangverein und die Ortsgruppe des Westfalenbundes eingeladen hatten. Abends fand sich im Saale des Hotel „Neubrücker Hof" eine stattliche Anzahl Frauen und Männer zusammen, die ihre Teilnahme an dem Geschick der Pfälzer und der Rheinländer durch Mitwirkung bei dieser vaterländischen Kundgebung Ausdruck verleihen wollte. Die Veranstaltung wurde geleitet von dem Vorsitzenden der Zentrumspartei, Biggemann. Nach einer Begrüßungsansprache seitens des Vorsitzenden des Westfalenbundes, Fabrikanten Günther, erfreute der Männergesangverein durch Vortrag einiger trefflicher Chöre, worauf der Vorsitzende des Westfälischen Provinziallandtages, Oberbürgermeister Hamm aus Recklinghausen, einen Vortrag hielt über „Pfalz und Reichseinheit". Der Redner, der die ganzen Schrecken des Ruhreinbruches, die dunkelsten Tage des verflossenen Jahres in dem Vorgehen der Franzosen zu Recklinghausen miterlebt hat und infolge seiner gutdeutschen Haltung auch bald ausgewiesen wurde, sprach über die Schreckensherrschaft am Rhein und in der Pfalz, die bezahlte separatistische Verräterbanden dort in den letzten Wochen und Monaten entfaltet haben. Der Leiter der „Liga zum Schutze der deutschen Kultur" Redakteur Ringsdorff aus Siegen verlas dann eine **Entschließung** als Gelöbnis der Brudertreue gegenüber den Bewohnern der Pfalz und der Rheinlande, sowie des Ruhrgebiets. Eine Sammlung für das Pfalzopfer ergab etwa 85 M.

„" **Altenhundem**, 20. Febr. Wir hatten hier keinen „Pfalz-Opfertag" aber jedem, der sich zum freundnachbarlichen Plauderstündchen bei den **Elektro-Installateuren Gebr. Cordes** hier einfand, wird die **Pfalzfeier im Sitzungssaale des Reichstages** mit den Reden des Ministers für die besetzten Gebiete und der anderen Redner, den musikalischen Darbietungen und den Rezitationen Pfälzer Dichter, der er hier im **gemütlichen Familienzimmer mittelst Radio-Empfänger** lauschen konnte, als Erlebnis unvergessen bleiben. — Kleine Umschaltungen, und ein holdseliges Violinsolo in einer englischen Stadt kam außerordentlich deutlich zu Gehör, ihm folgte ein glühendes französisches Opernduett, dann ein Londoner Orgelkonzert. Einen Redner, der in Manchester sprach, konnte man so klar verstehen, als spräche er hier in einem Saale. Seine Ausführungen wurden unterbrochen durch wiegende Walzerklänge aus Cardiff, und der Radio-Abschiedsgruß aus Berlin, auf morgiges Wiederhören, den wir noch abfingen, fand ein herzliches Echo bei dem für die unterhaltsamen wie bildenden Radiostunden dankbaren Freundeskreise.

Provinzielles.

* **Kirchen**, 19. Febr. **(Schreckliche Bluttat.)** Die Nachricht von einer furchtbaren Bluttat durcheilte gestern abend 7 Uhr unsern Ort und fand leider nur zu wahre Bestätigung. Der Bergschüler Nies aus **Wahlbach** hat im Büro der Aktiengesellschaft für Industriebedarf in Jungenthal den Leiter und Mitbegründer der Firma Otto **Wildtraut** aus Kirchen nach einem Wortwechsel mit einem Revolver **erschossen**, darauf **zwei Schüsse auf die** Büroangestellte **Klara Vetter** aus Brühlhof abgegeben und schließlich **sich selbst in den Mund geschossen.** Die schreckliche Tat ereignete sich ohne weitere Zeugen, wurde jedoch bald darauf entdeckt. Es war ein schauerlicher Anblick, den die drei Menschen in ihrem Blute schwimmend darboten; Wildtraut lag hinter einem Tisch, das junge Mädchen vor diesem auf dem Boden und der Mörder lag in einer Ecke, den Arm über das Gesicht geschlagen, den Revolver neben sich. Das junge Mädchen gab noch Lebenszeichen von sich und wurde ins Krankenhaus verbracht. Es ist durch einen Schuß in die Brust und in einen Arm schwer verletzt, doch glaubt man, es dem Leben erhalten zu können. Der Mörder ist um 9 Uhr im Krankenhause infolge des Schusses gestorben. — Ueber den Hergang der Tat wird folgendes berichtet: Der Bergschüler Nies unterhielt mit der Klara Vetter ein Liebesverhältnis, das von dem Mädchen zu Weihnachten gelöst worden ist. Seit dieser Zeit verfolgte Nies das Mädchen auf alle mögliche Weise, um sich mit ihm wieder auszusöhnen. Gestern abend traf Nieb in Bezdorf den Bruder des Mädchens, von dem er zu wissen begehrte, ob seine Schwester zu Hause sei. Beide gingen zusammen nach Kirchen, wo Nies Frl. Vetter zwischen Jungenthal und Kirchen traf. Als diese Nies erkannte, wendete sie sich um, um ihm zu entgehen. Nies verfolgte sie jedoch, und zwar bis in das Büro der Firma, wo sie beschäftigt war. Herr Wildtraut war eben im Begriff zu schließen. Wahrscheinlich hat dieser dem Eindringling die Tür gewiesen, worauf der Tollgewordene ihn niederschoß. Der Schuß war in den Leib gegangen und hat den sofortigen Tod des in den besten Jahren stehenden Mannes zur Folge gehabt. Nachdem dann Nies zweimal auf Frl. Vetter geschossen, hat er die Waffe gegen sich selbst gerichtet, indem er sie in den Mund hielt.

Kirchliches.

Die päpstliche Antwort an den Paderborner Bischof.

Auf das Glückwunschtelegramm, das der Paderborner Bischof Caspar an den Heiligen Vater richtete, traf folgende Antwort ein:

„Der Heilige Vater dankt für die Kundgebung kindlicher Ergebenheit und segnet von Herzen Ew. Bischöfl. Gnaden und die ganze Diözese.
Kardinal Gasparri."

Prinzessin Löwenstein Ordensschwester.

Unter den Novizinnen der **Sacre-Coeur-Schwestern**, die am Samstag im Kloster dieser Schwestern zu Blumenthal bei Aaals durch den Aachener Weihbischof Dr. Sträter das Ordenskleid erhielten, befand sich auch Prinzessin **Agnes zu Löwenstein**, die zweite Tochter des bekannten deutschen Katholikenführers Fürsten Aloys zu Löwenstein. Die fürstliche Familie nahm an der ergreifenden Feier teil. Bekanntlich haben auch zwei Schwestern des Fürsten den Schleier genommen; eine bei den Franziskanerinnen zu Aachen, die andere bei den Benediktinerinnen.

Wirtschaftliches.

Die englische Presse zum Frankensturz.

WTB **London**, 20. Febr. Das anhaltende Fallen des Frankenkurses wird viel beachtet. Die Presse unterstreicht die in Frankreich darüber herrschende Besorgnis. Der Citykredakteur des Daily Expreß betont, daß der **französische Franken jetzt tiefer stehe als die italienische Lire.** Niemand könne verkennen, daß dies eine Verminderung der Kredite Frankreichs bedeute. Der Citykredakteur des Daily Mail schreibt, sogar der Dockarbeiterstreik sei als finanzieller Faktor überschattet worden durch den neuen Sturz des französischen Franken, der sehr ernstliche Wirkungen nach sich ziehen dürfe.

Der Citykredakteur der **Times**, der mitteilt, **daß Paris und Brüssel gestern Sterling und Dollars in bedeutendem Maße kauften**, schreibt, es sei bemerkenswert, daß trotz der angestrengten Versuche Frankreichs, sein finanzielles Reformprogramm durchzudrücken, die Schwäche des Franken weiterhin akut sei. Die Erklärung dafür wäre vielleicht, wie es allgemein bei einer sinkenden Währung geschehe, daß

das Vertrauen seit des Versailler Vertrages untergraben sei.

Es sei zu befürchten, daß bevor das neue französische Finanzprogramm wirksam geworden sei, dieser Sturz nicht leicht überwunden werde.

Westminster Gazette schreibt in einem **Leitartikel**, der neue Sturz des Franken sei offenbar auf die Ueberzeugung des Auslandes zurückzuführen. Die geplanten Maßnahmen der französischen Regierung zur Sanierung der Finanzlage des Landes würden sehr geschnitten werden, daß Hoffnungen unangebracht seien. Eine Nation könne ebensowenig wie eine einzelne Persönlichkeit andauernd mehr ausgeben als einnehmen, ohne dem Bankerott näher zu rücken. Dieses aber sei die Lage Frankreichs im Augenblick. Es müsse also Geld von irgend einer Seite erhalten, sonst werde sein Devise weiter fallen, werden die Preise entsprechend steigen und sich schließlich das Volk gegen die Regierung wenden. Frankreichs augenblickliche Not sei jedoch Englands Gelegenheit und Macdonald erkenne zweifellos die Lage. Wenn die Sachverständigen Bericht erstattet hätten, werde man wahrscheinlich sehen, ob das Mittel sofortiger Geldzahlungen, das allein Frankreich retten könne, in der Ausgabe einer großen internationalen Anleihe bestehen werde und wenn man dem gemäßigten Ton der französischen Presse glauben könne, so sei seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages die Aussicht auf eine vernünftige Regelung niemals größer gewesen als heute.

Auch die **Times** unterstreicht in einem Leitartikel **den versöhnlichen Geist der wieder, wie berichtet wird, in der öffentlichen Meinung in Paris herrsche.**

Druck und Verlag:
Verlagsanstalt J. F. Ruegenberg, Olpe
verantwortlich für die Gesamtredaktion: Dr. phil. Albert Wand in Olpe; für die Berliner Redaktion: Dr. Krauß in Berlin-Schöneberg.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Ortssatzung betr. öffentliche Bekanntmachungen vom 26. September 1923 wird hiermit bekanntgegeben, daß der zur Hundesteuer der Stadt Olpe erlassene 2. Nachtrag vom 7. Februar 1924 in der Zeit vom 22. bis 28. Februar einschließlich im Zimmer 7 des Rathauses ausliegt.

Die Steuer beträgt hiernach für den 1. Hund 8,— Mk., für den 2. und jeden weiteren Hund 16,— Mk. jährlich.

Olpe, den 20. Febr. 1924.

Der Bürgermeister.
(†1481) Sommerhoff.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Ortssatzung betr. öffentliche Bekanntmachungen vom 26. September 1923 wird hiermit bekanntgegeben, daß der zur Ordnung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer in der Stadtgemeinde Olpe erlassene 1. Nachtrag vom 7. Februar 1924 in der Zeit vom 22. bis 28. Februar einschließlich im Zimmer 7 des Rathauses ausliegt.

Der Nachtrag sieht eine Erhöhung der Pauschsteuer vor.

Olpe, den 20. Febr. 1924.

Der Bürgermeister.
(†1480) Sommerhoff.

Holzverkauf.

Die Jahnschaft Elben verkauft am Samstag, dem 23. dss. Mts., nachmittags 2½ Uhr im Distrikt „Breitenbruch"

55 rm Eichen und Birken Brennholz

im Distrikt „Dahlerhöh" (an Ortseinwohner von Elben)

68½ rm Eichen u. Birken Brennholz

ferner

2,89 rm Eichenstammholz

im Distr. Poßseifen

5,15 fm Eichenstammholz

ferner eine

Kiefer 0,50 fm

und 30 rm Brennholz

Interessenten finden sich zusammen um 2 Uhr bei der Wohnung des Waldwärter Clemens zu Elben.

Bedingungen sind beim Waldwärter Clemens einzusehen, und werden im Termin bekannt gegeben.

Der Verkauf findet gegen Barzahlung statt.

Wenden, den 20. Februar 1924. (†1475

Der Jahnschaftsvorsteher.

Unsere Vertretung ist frei!

Carl Wittenborg,
Grossbrennereien,
Fabrik feiner Edelliköre,
Herford (Stammhaus).
Auswärtige Betriebe und Niederlassungen:
Steinhagen i. W., Essen-Ruhr, Berlin, Erfurt.
Spezialitäten: Echter Steinhäger, Weinbrand, Alte Burgkeller-Reserve, Bitterorange, der moderne Likör [†1464

Für die Veteranen unserer Presse!

Leser unserer katholischen und Zentrumspresse!

Vor einem Jahre haben wir Euch die große Not vorgestellt, in welche die noch lebenden Veteranen und die hinterbliebenen Witwen und Waisen der in den Sielen gestorbenen Mitarbeiter unserer Presse — im ganzen mehrere dutzend Köpfe — geraten sind.

Ihr habt damals gern und reichlich gespendet, und wir konnten im Laufe des Jahres manche Sorge erleichtern, manche Träne trocknen. Aber das Unheil ist noch nicht beschworen. Die Geldentwertung ist ins Maßlose gestiegen, die sauer erworbenen Spargroschen der Versicherung und Pensionskasse sind geradezu gegenstandslos geworden.

Es muß also weiter geholfen werden!

Das ist nicht nur allgemeine Christenpflicht innerhalb der uns heute überall umgebenden Not, sondern es ist eine Forderung der Gerechtigkeit und der Selbsterhaltung. Denn wenn wir unsere Presse und ihre Redakteure nicht mehr erhalten können, dann ist unsere ganze Geltung im öffentlichen Leben dahin.

Also gebt gern und reichlich, wie im vorigen Jahr, und schickt Euer Scherflein an den Generalsekretär des Augustinusvereins und Geschäftsführer der Pensionskasse der kath. Presse:

Dr. Paul Weitbrecht, Düsseldorf, Postscheckkonto Amt Köln 5782, Bankkonto Kreisbank, Akt.-Ges. in Düsseldorf.

Ein Inserat im SB hat stets Erfolg

„Triumphator"

ist der Name der Rechenmaschine für 4 Spezies in höchster Vollendung und verschiedensten Spezialmodellen. — Verlangen Sie kostenlos Angebot und Vorführung.

Louis Hees Siegen i. W.
Ruf 272.



Fertige Betten!
Altbekannte beste Qualität!
Bettbarchent,
echt türkisch rot, gar. federndicht.
Füllkräftige
Federn u. Daunen,
Bettdamast, Bettsiamosen, Matratzendrell.
Reiche Auswahl in
Gardinen.
Sämtl. Artikel nur gute und solide Ware zu äußerst günstigen Preisen.
Zuverl. Bedienung.

†1483) **Jos. Junker, Olpe** Westf. Str. 42—44. Fernspr. 294.

Petkuser Gelbhafer, Ammoniak-Superphosphat, Kalisalz
vorrätig am Lager Grevenbrück.
Schulte & Hellekes,
Grevenbrück (Westf.)

Spielvereinigung Olpe.

Am Sonntag, den 24., nachmittags 5 Uhr, Dienstag, den 26., und Mittwoch, den 27. Februar, abends ½8 Uhr,

findet im Saale des Hotels „Zum Schwanen"

die Aufführung des Ritterschauspiels

„Der Kerkermeister von Kuhnfels"

in 5 Aufzügen von Heinrich Houben

statt. — Die Pausen werden ausgefüllt durch musikalische Unterhaltung.

Karten im Vorverkauf bei Ernst Bock, Westfälische Straße, und an der Abendkasse.

Der Reinertrag ist für Zwecke der Jugendpflege bestimmt.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein (†1469)

der Vorstand.

Wir liefern sämtliches

Radio-Rundfunk-Gerät



und übernehmen den Bau der erforderlichen Antennen.
Antennen-Material liefern wir zu den billigsten Preisen.
Gebr. Cordes
Elektrotechnisches Geschäft (w85
Altenhundem. Telefon 81 Kirchhundem.

Unsern Radio-Apparat haben wir seit einiger Zeit in Betrieb und funktioniert einwandfrei.

Bücherpreise — Friedenspreise

Wir unterhalten ständig eine grosse Auswahl gediegener Werke von namhaften Autoren,

Schiller, Goethe, Storm, Weber, Herzog, Bloem, Krane, v. Brakel etc.

Ruegenberg'sche Buchhandlung

Olpe, Bahnhofstraße 3.

Geschäftszeit: vormittags ½9—12½ Uhr, nachmittags ½2—5 Uhr.

Zentrifugen,
Buttermaschinen,
und alle
landw. Maschinen
w 37 empfiehlt

Heinrich Clemens, Olpe i. Westf.
Winterberbergstr. 4 Tel. 272

Nur für Wiederverkäufer:

Benkensteins Würstchen,

es gibt keine besseren!
Fabrik seit 1880 in Halberstadt.
Vertreter u. Lager für Regierungsbez. Arnsberg:
Alb. Hellekes, Bonzel-Grevenbrück.
Telefon 216. (w112)

Habe Freitag, den 22. Februar eine Auswahl hochtragender

Rinder und Kühe

zu verkaufen.
Eduard Grebe, Wenden
Fernruf 31.

Gebrauchte
Schreibmaschinen
verschiedener Systeme preiswert abzugeben.
Louis Hees, Siegen.
Ruf 272.

Fichtenstangen!

Spitzenknüppel, 125 × 5/8 cm ⌀ dauernd gegen Kassa zu kaufen gesucht. w111
H. u. A. Hanses, Holzgeschäft, Klusenwerk b. Oberhundem i. W.

Jungfrauen-Kongregation Olpe.
Unser liebes Mitglied
Maria Langemann
ist gestorben. Die Beerdigung findet Samstag nach dem Seelenamt statt, wozu freundlichst einladet
der Vorstand.

Verkaufe morgen 300 Centner
Brechkoks
Nr. III zu 2,25 den Centner.
Desgleichen liefere sämtliche Sorten
Koks
sowie (†1478
Nuß- und Stückkohlen
waggon-, fuhren- und centnerweise zu den äußerst billigsten Preisen
Johann Schröder
Holz- und Kohlenhandl.
Olpe, Marienstr. 44.
Fernruf 144.

Prima
Salzheringe
Ia. Sauerkraut
wieder eingetroffen
Anton Wiebelhaus, Olpe. (†1482

Großer u. kl. Fisch, grüne Heringe, Bückinger. Pfd 40 Pf., Salz- und †1484 marinierte Heringe.
Wwe. Liebler, Ol

Grundstück
zu kaufen gesucht.
Angeb. u. †1477 an den Verlag d. S. V.

Nachweislich rentables
Fabrikunternehmen
mit größerem Baugelände
sucht Teilhaber
bis zu 40 000 G.-M.
Angebote bis längstens 25. Februar u. Nr. †1476 an die Gesch. d. Ztg. erbeten.

Junger Kaufmann sucht zu sofort gut
möbl. Zimmer,
eventuell mit Pension in gutem Hause.
Gefl. Angebote unter Nr. †1472.

Nehme Bestellungen zur Lieferung ab März von etwa 25 Waggon
Speise u. Saat-Kartoffeln
entgegen. (†1479
Johann Schröder
Holz- und Kohlenhandl.
Olpe, Marienstr. 44.
Fernruf 144.

Schauspielhaus Hagen.
Spielplan.
Donnerstag, 21. Febr., „Der keusche Lebemann", 7½ Uhr.
Freitag, 22. Februar, Miete A, „Fidelio", 7½ Uhr.
Samstag, 23. Februar, „Katja, die Tänzerin", 7½ Uhr.